

Ulrike und Werner Schramm  
Beethovenstr. 8  
91315 Höchstadt  
T 015122563883  
Email: werner51@t-online.de

Herrn  
Walter Schweinsberg (Geschäftsführer)  
Herrn  
Frank Förtsch (Chefredakteur)  
Mediengruppe Oberfranken  
96050 Bamberg

Höchstadt, 14.04.2017

## **OFFENER BRIEF**

### **Meinungsunterdrückung - Weg frei für Kriegspropaganda im Fränkischen Tag?**

Wer seine Tageszeitung Fränkischer Tag (FT) durchliest oder gewisse TV-Sender einschaltet, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihm in diversen Artikeln, Kommentaren oder (Nachrichten)Sendungen vor allem zu Syrien oder Rußland stets wie gleichgeschaltet wirkende Stereotype aus dem "NATO-Chor" entgegen"schallen". Inwieweit transatlantische Netzwerke unsere Presselandschaft bereits zu gestalten scheinen, haben die Kabarettisten u.a. in die "Die Anstalt" herausgearbeitet.<sup>1</sup> Ob und inwieweit der FT irgendwo eingebunden ist, können wir nicht sagen.

Was uns die Tagespolitik als Realität, Wahrheit oder Ist-Zustand verkauft, ist jedoch nichts anderes als das Festlegen auf eine Meinung, die nur deshalb von der Masse nicht hinterfragt wird, da sie massiv publiziert wird. Die Hauptaufgabe der Presse besteht anscheinend weniger darin, diese Bevölkerung mit Informationen zu versorgen, auf das sich diese ihre Meinung selber bilden möge, vielmehr geht es darum für sämtliche relevante Geschehnisse einen Deutungsrahmen vorzugeben. Indem die Redaktion des FT ihre in unseren Augen US-gefärbte Weltsicht für wahr und unsere davon abweichende Meinung für "unwahr" erklärt, macht sie sich u.E. zum Instrument der US-amerikanischen Kriegspropaganda. Gemeinsam u.a. mit dem Historiker Dr. Daniele Ganser schlagen wir deshalb vor, die NATO-Brille beim Betrachten geschichtlicher Ereignisse abzusetzen und sie durch die Brille der UNO zu ersetzen. Völkerrecht statt das Recht des Stärkeren - was die USA praktizieren - sollte unser aller Standpunkt sein, wenn wir Geschichte bewerten. Überhaupt empfehlen wir, sich sein eigenes Medienmanagement einzurichten. Das US-amerikanische Imperium hat bislang eine massive Deutungshoheit besessen und seine Kriegsverbrechen wurden in den sog. Leitmedien nicht als solche bezeichnet. Das alles hat sich zum Glück geändert. Internetseite wie Russia Today deutsch, nachdenkseiten.de, Zeit-Fragen.ch, 0815-info.com, deutsche-wirtschafts-nachrichten.de, world-economy.eu u.a. bieten seit geraumer Zeit Alternativen zum Propagandabrei von ARD, ZDF, BR oder diversen Tageszeitungen.

In einem Leserbrief legten wir deshalb zur Aufklärung unserer Mitbürger einige in den Mainstreammedien so nicht besprochene Hintergründe zum Syrienkrieg dar. Zu unserem Erstaunen wurde dieser Brief zwar zunächst zur Veröffentlichung zugesagt, später jedoch nicht gebracht. Auf unseren Protest hin machte die Geschäftsführung der Zeitung in ihrem Schreiben vom 31.03.2017 deutlich, daß sie unsere Meinungsäußerungen deswegen nicht bringen könne, indem sie diese zu "Unwahrheiten" erklärte. Ein seltsames Unterfangen bzw. eine in unseren Augen vorgeschobene Argumentation: Sollen unsere Darlegungen, die die FT-Redaktion nicht akzeptiert, vermutlich den

---

<sup>1</sup> Die Anstalt deckt Verbindungen von Transatlantischen Lobby-Vereinigungen mit diversen kriegspropagandistischen Zeitungen auf. Folge vom 29.04.2014. Etwa ab Min. 35. <https://www.youtube.com/watch?v=hnH10TfhkOQ>

Lesern ihrer Zeitung deshalb vorenthalten werden, damit diese weiterhin mit den - vor allem anti-russischen - Feindbildern eines die Realität verzerrenden US-Weltbildes betrüffelt werden können? Es gilt:

**"Die Würde des Menschen wird verletzt, wenn er daran gehindert wird, seine Meinung zu äußern, privat oder öffentlich, durch Wort, Schrift oder Bild, wem gegenüber auch immer. Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit sind Konstitutionsprinzipien der Demokratie. Zur Meinungsfreiheit gehört auch, daß man jede geäußerte Meinung zur Kenntnis nehmen kann und darf, die Informationsfreiheit aus allgemein zugänglichen Quellen. Meinung ist der Beitrag zur Wahrheit und Richtigkeit. Er muß sachlich sein, aber die Sachlichkeit verantwortet, wer sich äußert. Alles andere ist Bevormundung."**<sup>2</sup> (Hervorhebung UWS) **Insofern charakterisieren wir das Vorgehen der Geschäftsführung des FT zu unserem Leserbrief als Meinungsunterdrückung und den weiter unten zitierten, positiven Kommentar im FT zum aktuellen Angriff der USA auf Syrien als Kriegspropaganda. Die Passagen unserer Stellungnahme etwa zum Grundgesetz oder zum Völkerstrafrecht sind relativ einfach im Netz zu überprüfen.**

Unser Leserbrief zitiert zunächst eine aktuelle Stellungnahme von Kanzlerin Merkel: „Wir sind der Gegenentwurf zur hasserfüllten Welt des Terrors“, FT 30.12.2016 und nimmt dazu Stellung:

"Es scheint nicht ins deutsche Bewußtsein zu dringen, daß unsere Politik der Beteiligung an illegalen Kriegen, die das US-geführte NATO-Aggressionsbündnis führt, Terrorismus ist und dies nun auf uns zurückschlägt. Politiker werden nicht müde, uns verkaufen zu wollen, daß der Terror „handhabbar“ sei, so, als sollten wir uns eben daran gewöhnen – das ist eine verantwortungslose, zynische Einstellung. Bundespolitiker lügen uns seit Jahren von einem Krieg in den nächsten. Seit dem Jugoslawienkrieg 1999 unter einer rot-grünen Regierung tragen wir Krieg in andere Teile der Welt, nehmen Menschen die Existenzgrundlage und das Leben, lösen riesige Flüchtlingsströme aus. Die meisten Mitbürger wollen keinen Krieg. Eine offene Auseinandersetzung mit der Bevölkerung will die Politik nicht haben und schwingt die Zensurkeule. Bürger werden dann notfalls als Pack oder Nazis beschimpft, wenn sie den „neuen deutschen Regierungstotalitarismus“ nicht mitmachen (Willy Wimmer)."

In einer Reihe von Interviews, Vorträgen und Veröffentlichungen macht Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, genau auf die genannten Punkte aufmerksam:<sup>3</sup> Seit dem Jugoslawienkrieg 1999 unter einer rot-grünen Regierung tragen wir Krieg in andere Teile der Welt und legen zwischen Afghanistan und Mali unsere Nachbarstaaten in Schutt und Asche, nehmen Menschen die Existenzgrundlage und das Leben, lösen riesige Flüchtlingsströme aus. Wollen wir es nicht endlich wahrhaben, daß unsere Politik der Beteiligung an illegalen Kriegen, die das US-geführte NATO-Aggressionsbündnis (das heute an der russischen Grenze steht) führt, Terrorismus ist und dies nun auf uns zurückschlägt?<sup>4</sup>

Willy Wimmer<sup>5</sup> schreibt<sup>6</sup> u.a. sehr richtig:

„Da Meinungsvielfalt bei uns seit dem Jugoslawien-Krieg bei den Zwangsmedien und den großen Zeitungen abgeschafft ist, kommt der im Volk vorhandene Pluralismus nicht mehr vor. Es wird von

<sup>2</sup> Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider: Die Meinungsfreiheit ist unantastbar, Berlin 2013, <https://www.compact-online.de/karl-albrecht-schachtschneider-die-meinungsfreiheit-ist-unantastbar/>

<sup>3</sup> Willy Wimmer im Interview für Russlands Staatsfernsehen Rossija24 <https://youtu.be/PrxGzqI7hAg> März 2015. Thematisiert werden die Sanktionen gegen Rußland, die "Gewaltandrohungen" seitens der USA zur Durchsetzung der Sanktionen, die Bedeutung des amerikanischen Umsturzes in der Ukraine, die Aufteilung Europas nach US-amerikanischen Vorstellungen mit einer Art Mauer quer durch Europa, wozu die Kontrolle der Einflußsphäre Ukraine gehört.

<sup>4</sup> Willy Wimmer zur politischen Lage in Deutschland nach dem Attentat <https://www.youtube.com/watch?v=gTgY6CMcPc4>, Dezember 2016 Willy Wimmer gibt uns seine Einschätzung über die politische Lage in Deutschland und einen Ausblick in das bevorstehende Jahr 2017.

<sup>5</sup> „Willy Wimmer. Er ist das Gewissen der CDU. Er war 33 Jahre lang für die Partei im Deutschen Bundestag. Von 1985 bis 1992 war er verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium.“ U.a. Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE von Juli 1994 bis Juli 2000. Stellvertretender Leiter der Delegation des Deutschen Bundestags bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

<sup>6</sup> Willy Wimmer: "Die NATO hat derzeit einen klaren Kampfauftrag"

oben dekretiert, was die Bürgerinnen und Bürger zu denken haben. Diese werden dann notfalls als Pack oder Nazis beschimpft, wenn sie den neuen deutschen Regierungstotalitarismus nicht mitmachen.“

Noch einmal dazu Willy Wimmer<sup>7</sup>:

**„Das Land hat in den letzten gut fünfzehn Jahren seine demokratische Grundsubstanz weitestgehend verloren. Der Staat wurde abgewrackt und als Folge wurde der mündige Bürger nicht mehr gebraucht. ... Die in Berlin, Brüssel und Washington festgelegte politische Zielsetzung kommt nicht mehr auf demokratischem Wege zustande, sondern wird dadurch umgesetzt, dass jeder verbal und mit Hinweis auf die dunkelste Zeit deutscher Geschichte niedergeknüppelt wird, der sich als Bürger äußert. Die Bürger im Lande werden regierungsseitig als "Pack" bezeichnet.**

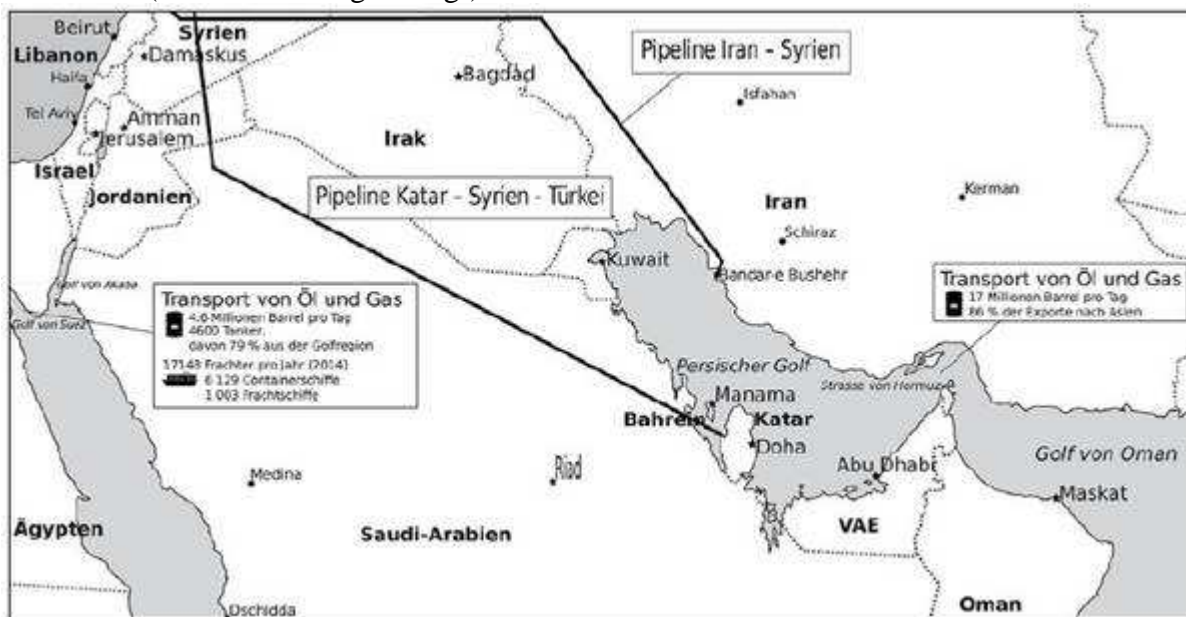
**Wo sind da die Instanzen, die sich so gerne über andere aufspielen, wie ein Herr Bundespräsident oder die vom Steuerzahler ausgehaltenen Kirchen? So kann kein Land betrieben werden und das ist vielleicht auch die Absicht derjenigen in der Regierung, die sich so äußern. Spaltung des Landes ist angesagt, um eine bestimmte Politik umzusetzen.** Das geschieht dadurch, dass keine Rechenschaft mehr gegeben wird und die dagegen aufbegehrende Bevölkerung beleidigt und diskreditiert wird. ...

**Ein Land, das gegen die eigene Verfassung Kriege führt und sich an Elend beteiligt, stellt diejenigen in die Ecke, die auf das Angriffsverbot der Verfassung pochen. Tatsächlich erleben wir die neue Blütezeit einer mehr und mehr obrigkeitstaatlichen Verwaltung. ....“<sup>8</sup>**

(Hervorhebungen von uns)

**Wissen die Leser - nicht nur des FT - eigentlich noch, warum es Krieg in Syrien gibt?**

Der Grund über für den 5 Jahre andauernden blutigen Stellvertreterkrieg in Syrien: Das Land entschied sich für die russisch-iranische Pipeline-Variante statt für die US-amerikanische-katarische. (Karte: Zeit-Fragen©wgr)<sup>9</sup>



Von daher schreiben wir in unserem Leserbrief weiter:

"Der Syrienkrieg ist ein Pipelinekrieg im Interesse Katars und Saudi-Arabiens, um mittels einer durch Syrien geplanten Pipeline Gas nach Europa zu liefern und Rußland dabei auszuschalten. Das hat Assad abgelehnt, weshalb islamistische Terroristen dazu instrumentalisiert wurden, mit westlicher Unterstützung nicht nur einen – verbotenen - Regierungswechsel vorzunehmen, sondern auch die noch aus Sowjetzeiten existierenden Stützpunkte zu beseitigen. Der Aufstieg des IS in der

<sup>7</sup> Willy Wimmer: Deutschland hat in den letzten Jahren seine demokratische Grundsubstanz verloren

<sup>8</sup> Willy Wimmer: Deutschland hat in den letzten Jahren seine demokratische Grundsubstanz verloren

<https://deutsch.rt.com/meinung/37194-willy-wimmer-deutschland-hat-in/>

<sup>9</sup> <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-6-28-februar-2017/syrien-zwischen-buergerkrieg-und-weltkrieg.html>

Folge des illegalen Irakkrieges und seine Förderung durch die USA (so Michael Flynn) war eine bewußte Entscheidung der Obama-Regierung. "

Können sich Leser des FT daran erinnern, diese Positionen jemals dort gelesen zu haben? Nein? Verwundert uns nicht.

Der ehemalige Direktor des amerikanischen Militärgeheimdienstes DIA, General Michael Flynn, bestätigte die Echtheit eines entsprechenden DIA-Dokuments vom August 2012 und antwortete auf die Frage eines Journalisten, "warum denn die USA mit radikalen Dschihadisten zusammenarbeiten. 'Es war eine absichtliche Entscheidung der Regierung', erwidert Flynn. 'Sie müssen wirklich den US-Präsidenten fragen, was er da eigentlich macht, weil es sehr verwirrend ist.' ... General Michael Flynn und andere hochrangige Offiziere in den USA wollen nicht, dass Assad durch Fundamentalisten ersetzt wird. Sie halten es für falsch, dass Nato-Länder radikale islamistische Gruppen wie IS und al-Nusra unterstützen."<sup>10</sup> Diese brutalen Banden müssen als Terroristen bezeichnet werden, aber die Angreifer sowie deutsche Medien benutzen das Wort „moderate Rebellen“ und verwirren dadurch die Öffentlichkeit.

Rufen wir uns die UNO-Charta, das Völkerrecht, in Erinnerung: "Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat –, ... haben beschlossen: ... **Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.**"

Aus der *Charta der Vereinten Nationen, abgeschlossen in San Francisco am 26. Juni 1945*<sup>11</sup>

Mit der Gründung der UNO gilt ein weltweites Verbot. Nur in zwei Ausnahmen sind kriegerische Maßnahmen zugelassen (Selbstverteidigung oder Mandat des UNO-Sicherheitsrats). Die Realität ist jedoch eine ganz andere.

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser deckt in seinem neuen Buch "Illegale Kriege" schonungslos die Wahrheit auf und gelangt zu dem Schluss, dass der Westen seit 1945 immer wieder und konsequent schwerste Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschheit verübt. Daniele Ganser zeigt dabei in einem Vortrag<sup>12</sup> mit Syrien als Schwerpunkt die Propagandamärchen in Politik und Medien hin zum Krieg auf. Ganser erinnert daran, dass nach Art.2 der UN-Charta ein absolutes Gewaltverbot gilt, das man durch Verdrehen der Tatsachen unter dem Vorwand der Selbstverteidigung missachte. So sei die NATO kein Verteidigungsbündnis, sondern ein Angriffsbündnis<sup>13</sup>, dessen Verantwortliche stets völlig straflos bleiben und das die Gewaltspirale extrem angetrieben hat. Dazu komme, dass die NATO-freundlichen Medien die illegalen Kriege sogar noch befeuern und unterstützen.<sup>14</sup>

Festzuhalten ist: "Eine Regimewechsel-Operation war schon lange vor dem Bürgerkrieg in Syrien geplant. Wie US-General Wesley Clark im Pentagon einige Wochen nach den Terrorattacken vom 11. September 2001 hörte, war es das Ziel der USA, in sieben Ländern in fünf Jahren einen Regimewechsel zu organisieren, beginnend mit der Bombardierung des Irak, dann hiess es, würden Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, der Sudan und am Schluss Iran drankommen. Auch der ehemalige Aussenminister Roland Dumas sagte in einem TV-Interview, dass die Briten schon zwei Jahre vor dem Ausbruch des Aufstandes den Krieg in Syrien vorbereitet hatten."<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Donald Trump ernennt Michael Flynn zum Nationalen Sicherheitsberater, <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2016/nr-27-22-november-2016/europa-und-der-neue-us-praesident.html>

<sup>11</sup> Daniele Ganser, *Illegale Kriege*. A.a.O.: Aus dem hinteren Umschlagtext

<sup>12</sup> Illegaler Krieg gegen Syrien Dr. Daniele Ganser in Bautzen am 31.10.2016, <https://youtu.be/Vcp7Q1gC-ws>

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch Willy Wimmer: "Wenn man sich die weltpolitische Situation ansieht, dann muss man nüchtern feststellen, dass alle Gefahren derzeit von den Vereinigten Staaten ausgehen".

<http://www.epochtimes.de/politik/welt/willy-wimmer-die-angriffsmaschine-nato-geht-aggressiv-gegen-russland-vor-a1963879.html>

<sup>14</sup> Illegaler Krieg gegen Syrien - a.a.O.

<sup>15</sup> Giftgas in Syrien, USA und GB wollen Regimewechsel in Syrien, <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-9-11-april-2017/leserbrief.html>:



Die USA begannen ihren Angriff auf Syrien 2014 ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates<sup>16</sup>.

Frankreich bombadiert Syrien ab dem 27. September 2015 - ebenfalls illegal und damit völkerrechtswidrig. Ein Kriegsverbrechen. Deutschland zieht in den Syrienkrieg am 04. Dezember 2015. Die UNO-Charta sagt klipp und klar, daß kein Land ein anderes Land ohne Mandat des Sicherheitsrates bombardieren darf. Schändlich ist, daß sich deutsche Politiker auf die Resolution 2249 des UNO-Sicherheitsrates beziehen. Wer die Resolution genau durchliest, sieht klar, daß sie Deutschland kein Recht gibt, gegen Syrien Krieg zu führen. Die Resolution erinnert alle Länder daran, daß sie die UNO-Charta achten sollen. Auch das deutsche Grundgesetz (Artikel 26) betont, dass Deutschland nicht an der Bombardierung von anderen Ländern mitwirken darf.

Gemäß dem Völkerstrafgesetzbuch kann die Beteiligung an einem Angriffskrieg mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft werden. Deutschland hatte kein Mandat des UNO-Sicherheitsrates (geschweige denn die Erlaubnis der syrischen Regierung), daß es der deutschen Luftwaffe erlaubt, in den Luftraum von Syrien einzudringen. Das Ganze ist verfassungswidrig. Da aber u.a. die Generalbundesanwaltschaft weisungsgebunden ist, wird, wie in der Vergangenheit etwa gegen Gerhard Schröder, aufgrund sowohl des völkerrechtswidrigen Kosovokrieges<sup>17</sup> seiner Regierung als auch seiner Unterstützung des ebenfalls völkerrechtswidrigen Irakkrieges, keine Strafverfolgung stattfinden.

"Deutschland hat damals zusammen mit US-Präsident Bill Clinton ohne UNO-Mandat Serbien angegriffen, um zu demonstrieren, dass die NATO nach der Auflösung des Warschauer Paktes überhaupt noch eine Rolle hat, eine unschöne Rolle, wie man anfügen muss. Dazu wurde durch die PR-Firma Ruder Finn das Feindbild Milosevic in den Medien verbreitet. 'Ich muss sagen, als die NATO 1999 angriff, haben wir eine Flasche Champagner aufgemacht', erinnerte sich später James Harff von der einflussreichen amerikanischen PR-Firma Ruder Finn. Seine Kommunikationsfirma mit Sitz in Washington hatte den Zerfall von Jugoslawien mit Kriegspropaganda begleitet. ... NATO-Staaten haben wiederholt völlig straflos das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot missachtet und wie bereits erwähnt, zum Beispiel 1999 Serbien bombardiert. Der damalige Präsident Clinton hatte hierfür kein Mandat des UNO-Sicherheitsrates, der Krieg war illegal. ... Wenn wir eine ehrliche und gerechte Welt hätten, müssten Obama, Sarkozy und Cameron sich wegen dem Libyenkrieg vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschheit verantworten."<sup>18</sup>

**Angela Merkel forderte wie die USA, Großbritannien, Saudi-Arabien, Türkei und Katar den Regierungswechsel (Regime Change) in Syrien. Das ist illegal. Kein Land darf die Regierung eines anderen Landes stürzen (s. auch §13,3 Völkerstrafrecht). Auch Präsident Assad dürfte Angela Merkel nicht stürzen.**<sup>19</sup>

Vgl. Prof. Chossudovsky, Michel. The Syria Chemical Weapons Saga: The Staging of a US-Nato Sponsored Humanitarian Disaster, in: Global Research, April 06, 2017 [www.globalresearch.ca/the-syria-chemical-weapons-saga-the-staging-of-a-us-nato-sponsored-humanitarian-disaster/5315273](http://www.globalresearch.ca/the-syria-chemical-weapons-saga-the-staging-of-a-us-nato-sponsored-humanitarian-disaster/5315273)

Seven Countries in Five Years, General Wesley Clark [www.youtube.com/watch](http://www.youtube.com/watch)

Dumas, Roland. The British prepared for war in Syria 2 years before the eruption of the crisis [www.youtube.com/watch](http://www.youtube.com/watch)

<sup>16</sup> Doku: **Die US-Präsidenten und der Krieg**. WDR 2016, [https://youtu.be/G\\_El\\_s0IUfA](https://youtu.be/G_El_s0IUfA);

„Wenn man die Anzahl der Kriege zusammenzieht, die asymmetrischen und verdeckten Kriege eingeschlossen, dann gab es praktisch in jedem Jahr der amerikanischen Geschichte Krieg.“

<sup>17</sup> "Es begann mit einer Lüge" - Doku über NATO-Einsatz in Jugoslawien, ARD 2001, <https://youtu.be/MYcRjHX50og>

<sup>18</sup> Daniele Ganser, Illegale Kriege – Ein Interview, [nachdenkseiten.de/?p=35408](http://nachdenkseiten.de/?p=35408)

<sup>19</sup> Im Völkerstrafgesetzbuch gibt es nun zusätzlich das „Verbrechen der Aggression“. Hierzu wurde ein § 13 eingeführt, der dieses neu definiert und den alten Angriffskriegs-Paragraphen (§80) ersetzt. Hier der Wortlaut:

Neuer Text:

„Abschnitt 3 Verbrechen der Aggression

§ 13 Verbrechen der Aggression

(1) Wer einen Angriffskrieg führt oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Wer einen Angriffskrieg oder eine sonstige Angriffshandlung im Sinne des Absatzes 1 plant, vorbereitet oder einleitet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft. Die Tat nach Satz 1 ist nur dann strafbar, wenn

1. der Angriffskrieg geführt oder die sonstige Angriffshandlung begangen worden ist oder

**Die Bundestagsabgeordnete Sarah Wagenknecht: "Und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, daß wir den IS dadurch schwächen und bekämpfen, daß wir ebenso unschuldige Menschen, Frauen und Kinder in Rakka und anderen syrischen Städten bombardieren und dadurch töten. Was ist das für ein Wahnsinn? ... Krieg macht alles nur noch schlimmer. ... Auch Bombenkrieg ist Terror."<sup>20</sup>**

Dementsprechend schrieben wir in unserem Leserbrief:

"Die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht, verbietet Regierungsumstürze ebenso wie Verletzungen der Souveränität der Nationalstaaten. Es gilt ebenso ein absolutes Verbot von Androhung oder Anwendung von Gewalt. Jedes Land darf seine Regierungsform gemäß diesem Prinzip selber bestimmen. Art. 26 des Grundgesetzes stellt Vorbereitung oder Durchführung eines Angriffskrieges unter Strafe. Bundesregierung und Medien täuschen uns seit Jahren über die Verbindungen zum IS-Terrorismus. „Der Friedensnobelpreisträger als Terror-Pate!“ (Todenhöfer). Die Präsidenten Hollande und Obama, aber auch die „treue Vassalin“ (Lafontaine) Merkel haben sich des schweren Verbrechen der Aggression schuldig gemacht und müßten vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Bundestagsabgeordnete, die diese Politik der Bundesregierung unterstützen, haben sich ebenfalls strafbar gemacht."

Die Geschäftsführung des FT bittet erstaunlicherweise nun u.a. "zum Beispiel um Belege dafür, dass sich der französische oder der frühere amerikanische Präsident beziehungsweise die Bundeskanzlerin schwerer Verbrechen schuldig und Bundestagsabgeordnete sich strafbar gemacht haben." Können oder dürfen die Mitarbeiter des FT nicht selbständig recherchieren? Dann könnten sie vermutlich zu den gleichen Ergebnissen wie wir kommen.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts werden durch Artikel 25 GG in die deutsche Rechtsordnung transformiert. Er lautet:

*Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebiets."*

Die Grundlage der Definition von Aggression wurde bereits in der UNO-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 gelegt. In der dort beschlossenen Resolution heißt es in Artikel 1: „*Aggression ist die Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat, die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines anderen Staates gerichtet oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist, wie in dieser Definition ausgeführt.*“<sup>21</sup> Neben Artikel 1 wurde auch Artikel 3 dieser UNO-Resolution wörtlich in das Römische Statut übernommen. Er nennt Handlungen, die in jedem Fall als Angriffshandlungen zu werten sind. Nicht nur im Artikel "Kriegsherren im Westen" wird verdeutlicht: "George W. Bush und Tony Blair gehören in Den Haag vor Gericht ... Unbestritten ist, dass Bush und Blair 2003 ohne Not und unter massiver Vorspiegelung falscher Tatsachen einen illegalen Angriffskrieg begonnen haben. Der Tatbestand des Angriffskrieges ist im Statut des Haager Gerichts neben Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgeführt."<sup>22</sup> Und wie stand es u.a.

2. durch sie die Gefahr eines Angriffskrieges oder einer sonstigen Angriffshandlung für die Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt wird.

(3) Eine Angriffshandlung ist die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat.

(4) Beteiligter einer Tat nach den Absätzen 1 und 2 kann nur sein, wer tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.

(5) In minder schweren Fällen des Absatzes 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.“

Die Änderung geschah auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages hin, der schon am 1. Dezember 2016 gefasst worden war.

<http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/vorbereitung-eines-angriffskrieges-aus-straftgesetzbuch-gestrichen-%C2%A7-80-stgb-entfaellt-am-01-01-2017-a2013551.html>

<sup>20</sup> Daniele Ganser, *Illegale Kriege Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien*, Zürich 2016, S. 321f.

<sup>21</sup> Artikel 1 der Resolution A/RES/3314 (XXIX), online unter [http://www.un.org/depts/german/gv-early/ar3314\\_neu.pdf](http://www.un.org/depts/german/gv-early/ar3314_neu.pdf) (Vgl. Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Verbrechen\\_der\\_Aggression](https://de.wikipedia.org/wiki/Verbrechen_der_Aggression))

<sup>22</sup> <http://www.zeit.de/2012/37/Irak-Krieg-Blair-Bush-Strafgerichtshof/komplettansicht>

mit Obamas extralegalen Hinrichtungen mittels Drohnen unter Inkaufnahme von sog. "Kollateralsschäden", d.h. ganze Dörfer in Schutt und Asche zu legen? Gesteuert von deutschem Boden in Ramstein aus? Noch können Verbrechen der Aggression nicht geahndet werden, da die Vertragsstaaten des Römischen Statuts mit einer Zweidrittelmehrheit dem zustimmen müssen. Deutschland hat dies 2013 gemacht. Festzuhalten ist auch, daß selbstverständlich die Nürnberger Prinzipien gelten: Es sind die im Auftrag der Vereinten Nationen durch die Völkerrechtskommission (ILC) 1950 aus dem Statut des Internationalen Militärgerichtshofs (IMG-Statut) und dem Urteil im Nürnberger Prozess formulierten Grundsätze.<sup>23</sup>

Es wirkt für Journalisten - wir betonen es nochmals - eigentlich wie ein Armutszeugnis, daß sie all die erwähnten Sachverhalte offensichtlich entweder im Internet nicht recherchieren können, dürfen oder schlichtweg es nicht wollen. "Zentral ist die Frage, warum nicht nur fast alle hiesigen Medien, sondern auch die verantwortlichen Politiker des Westens in die Vorwürfe mit einstimmen. Wenn es nicht um die Feststellung und Bewertung erwiesener Tatsachen geht, worum geht es dann? Warum wird erneut Propaganda betrieben? Warum nicht deeskaliert, sondern eskaliert? ... Dass es nun heisst, der US-Präsident habe 'seine Einstellung gegenüber Staatschef Assad geändert', die syrische Regierung habe 'rote Linien' überschritten und die USA würden auch ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates, also völkerrechtswidrig, handeln, muss jedem grösste Sorgen bereiten. Offensichtlich setzen sich in Washington die Scharfmacher und Kriegstreiber durch."<sup>24</sup> Der FT stellt hierbei keine Ausnahme dar.

Rußland hatte gesehen, wie die USA und Großbritannien 2003 den Irak angegriffen hatten und Saddam Hussein erhängt (und das Land mit Uranwaffen komplett verseucht) wurde. Eine Million Tote und Millionen Flüchtlinge waren die Folge dieses barbarischen Angriffs. Und Rußland hatte auch gesehen, wie 2011 die Franzosen, Briten und Amerikaner Libyen angegriffen und Muammar Gaddafi erschossen und in der Wüste vergraben wurde. Die UNO hatte in allen Fällen nichts zum Schutz der betroffenen Länder beigetragen. Dies überzeugte Moskau davon, in Syrien militärisch zu intervenieren, um den Sturz von Assad zu verhindern. Weil die reguläre Regierung von Syrien die russischen Kampfflieger eingeladen hatte, lag kein Bruch der UNO-Charta vor! Unter dieser Voraussetzung ist die Intervention Rußlands in Syrien mit dem Völkerrecht konform.<sup>25</sup>

**Wie Kriegspropaganda fabriziert wird?** Zur aktuellen Situation in Syrien kommentierte Chefredakteur Frank Förtsch im FT vom 10.04.2017: "Der grausame Giftgasangriff gegen Zivilisten und der gezielte militärische Gegenschlag der USA könnte einen Wendepunkt im Syrienkrieg markieren. Der syrische Machthaber Assad ist damit ein weiteres Mal als Kriegsverbrecher gebrandmarkt. Er und seine Verbündeten müssen erkennen, dass nicht fortwährend ungestraft rote Linien überschritten werden können."

Rein sprachlich wird hier der Leser schon mit dem abwertenden Etikett "Machthaber" negativ eingestimmt. Präsident Assad ist mehrheitlich gewählt - ob es einem nun gefällt oder nicht. Bevor der Vorfall untersucht ist, hat Herr Förtsch offensichtlich schon die beweislose Schuldzuweisung des Syrien-Aggressors USA parat und scheint neben deutschen Politikern damit auch dieses weitere Kriegsverbrechen (verharmlost als "Gegenschlag") der USA gerechtfertigt zu sehen.

Willy Wimmer macht in einem Interview deutlich: **"Wir haben hier ja auch das Aufheulen der westlichen Presse in Bezug auf den vermeintlichen Giftgasangriff bei Idlib gesehen. Doch**

Vgl. auch "Bush und Blair als Kriegsverbrecher schuldig gesprochen", [http://www.gf-freiburg.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1344%3Abush-und-blair-als-kriegsverbrecher-schuldig-gesprochen&catid=6%3Aallgemein&Itemid=1](http://www.gf-freiburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1344%3Abush-und-blair-als-kriegsverbrecher-schuldig-gesprochen&catid=6%3Aallgemein&Itemid=1), Juli 2014

- <sup>23</sup> 1. Jede Person, welche ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist hierfür strafrechtlich verantwortlich.
2. Auch wenn das nationale Recht für ein völkerrechtliches Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach dem Völkerrecht strafbar.
3. Auch Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder sind für von ihnen begangene völkerrechtliche Verbrechen nach dem Völkerrecht verantwortlich. ...
7. Die Mittäterschaft zur Begehung der genannten Verbrechen stellt ebenfalls ein völkerrechtliches Verbrechen dar. ([https://de.wikipedia.org/wiki/N%C3%BCrnberger\\_Prinzipien](https://de.wikipedia.org/wiki/N%C3%BCrnberger_Prinzipien))

<sup>24</sup> Karl Müller, Denn sie wollen noch immer den Sieg, Warum es keinen Frieden in Syrien gibt <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-9-11-april-2017/denn-sie-wollen-noch-immer-den-sieg.html>

<sup>25</sup> Lara Visser: Russia's Intervention in Syria, European Journal of International Law, 25. November 2015, zit. nach Daniele Ganser, a.a.O., S. 316

**Vieles wird inszeniert. Wir werden ja seit Jahrzehnten in Konflikte hineingetrieben. Wir sind so hinlänglich durch die westlichen Medien betrogen worden, dass heute niemand mehr einen Pfifferling darauf gibt, was ARD, ZDF, CNN, BBC und andere dazu sagen. Man kann davon ausgehen: Diese Medien stellen sich der Lüge zur Verfügung."**<sup>26</sup>

Schauen wir uns die Sache genauer an:

Idlib, der angegriffene Ort, ist bekanntermaßen Al-Qaida-Gebiet. "2013 bilanzierte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen, dass sämtliche Chemiewaffen aus Syrien verschwunden seien.

(1) Die Mission wurde von den USA und Russland überwacht. Jedoch kam es seitdem immer wieder zum Fund solcher Substanzen, jedoch in von Terroristen gehalten Gebieten. (2)"<sup>27</sup> Das letzte Potential an Chemiewaffen der Regierung wurde 2016 vernichtet.

Also: "Die syrischen Streitkräfte und Präsident Assad haben vor Jahr und Tag ihre Chemiewaffenbestände freiwillig unter internationaler Kontrolle vernichten lassen und den USA damit den von Washington vorgeschobenen Kriegsgrund genommen. Die Syrer sind dank russischer Unterstützung seit Monaten militärisch auf der Erfolgsstraße beim Kampf gegen die internationale Terroristenbande in Syrien. Die Verantwortlichen in Syrien müssten doch vollkommen den Verstand verloren haben, wenn sie sich mit einem Gasangriff international angreifbar machten, nur um 70 Menschen umzubringen, die zumeist auch nur Zivilisten waren."<sup>28</sup> Warum hat die Redaktion des FT den Lesern die ausführlichen russischen Stellungnahmen unterschlagen?

"Verfügbar war sie, nicht nur russische Nachrichtenagenturen verbreiteten sie:

*'die syrische Luftwaffe habe ein großes Munitionslager der Terroristen und eine Ansammlung militärischer Geräte ins Visier genommen, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau laut Nachrichtenagentur Tass mit. Das gehe aus den Aufnahmen der russischen*

*Luftraumbeobachtungssysteme hervor. Auf dem Gebiet der Lagerstätte hätten sich Werkstätten befunden, in denen Geschosse mit chemischen Kampfstoffen produziert worden seien, hieß es weiter. Aus diesem großen Waffenlager seien Chemiewaffen an Kämpfer in den Irak geliefert worden. Rebellen hätten ähnliche Geschosse bereits in Aleppo eingesetzt.'* Soweit die Tass."<sup>29</sup> Sie

zu berücksichtigen wäre für eine seriöse Berichterstattung unabdingbar. Aber diese Nachrichtenagentur ist für Chefredakteur Förtsch anscheinend tabu.

Der Angriff der USA, der nicht vom Völkerrecht gedeckt war, wurde einhellig von westlichen Regierungsvertretern begrüßt. "Die USA haben entschieden, gleichzeitig die Rolle des Staatsanwalts, der Jury und des Richters zu übernehmen. Doch wir vergessen nicht die Bilder von 2003, als Colin Powell im Sicherheitsrat die angeblich stichfesten Beweise über Massenvernichtungswaffen des Iraks präsentierte."<sup>30</sup> Nach den jüngsten Berichten führte der Angriff zum Tod von fünf Soldaten und neun Zivilisten sowie zur Verwundung von dreizehn

<sup>26</sup> „Warnschuss oder Weltkrieg?“ Willy Wimmer warnt nach US-Angriff vor großem Elend, <https://de.sputniknews.com/politik/20170407315244651-us-angriff-wimmer/>, 07.04.2017

"Wir wissen ja, dass die USA seit dem Ende des Kalten Krieges eine neue konsequente Linie fährt: Sie streben die Weltherrschaft an. Sie sagen das ja auch offen. Sie müssen sich mal die Direktiven US-amerikanischer Präsidenten ansehen, die diesen Leuten erlaubt, Kriege zu führen. Das ist dasselbe Muster, das wir 1939 gesehen haben. Das macht doch deutlich, in welcher ernsthaften Auseinandersetzung wir sind. Man kann nur voller Respekt nach Moskau blicken, wo ein besonnener Präsident sitzt und nicht so ein unberechenbarer Präsident wie Trump. Wir müssen bedenken, dass viele Länder sich provoziert fühlen können durch das Vorgehen der USA. Das ist doch die Wirklichkeit."

<sup>27</sup> (1) [https://www.opcw.org/fileadmin/OPCW/EC/M-33/ecm33dec01\\_e\\_.pdf](https://www.opcw.org/fileadmin/OPCW/EC/M-33/ecm33dec01_e_.pdf)

(2) <http://www.straitstimes.com/world/middle-east/two-abandoned-cylinders-seized-in-syria-contained-sarin-un>

Quelle: <https://www.compact-online.de/chemiewaffenluege-versetzt-transatlantiker-in-kriegsrausch/>

<sup>28</sup> Programmbeschwerde: "Nach mutmaßlichem Giftgas-Einsatz" von Volker Bräutigam\* & Friedhelm Klinkhammer, <https://www.0815-info.com/News-file-print-sid-11939.html>.

Volker Bräutigam war von 1975 bis 1985 Redakteur in der Tagesschau-Zentrale Hamburg und auch danach noch, bis 1995, beim öffentlich-rechtlichen NDR (in der Hauptabteilung Kultur) als Journalist tätig. Friedhelm Klinkhammer war langjähriger Gesamtpersonalvorsitzender des NDR

<sup>29</sup> Programmbeschwerde: "Nach mutmaßlichem Giftgas-Einsatz" a.a.O.

<sup>30</sup> Auf der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates hinterfragte der bolivianische Vertreter Sacha Llorenti in scharfen Worten das Vorgehen der USA. <https://deutsch.rt.com/international/49034-ex-cia-offizier-giraldi-russische-version-idlib-stimmt/>



Frauen und Kindern, die sich im nahegelegenen Dorf Shayrat befanden." Dies war Präsident Trumps erstes Kriegsverbrechen.

Ergänzend muß hinzugefügt werden: Der ehemalige CIA-Offizier und Spezialist für Terrorismusbekämpfung Philip Giraldi sagt, laut seinen US-Geheimdienstquellen stimmt die russische Darstellung der Vorfälle um den vermeintlichen Giftgasangriff in Idlib. ... Die vorliegenden Geheimdienstinformationen bestätigen ziemlich genau die russische Darstellung. "Allem Anschein nach ist die vorliegende Geheimdienstinformation zu dem Fall sehr klar", so Giraldi in einem Interview mit The Libertarian Institute<sup>31</sup>.

Peinlich für den FT ist der offene Brief von den Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)<sup>32</sup>: Ehemalige Offiziere der US-Geheimdienste an Trump: "Es gab keinen Angriff mit chemischen Waffen" 12.04.2017

"Ungefähr zwei Dutzend ehemaliger Mitarbeiter von amerikanischen Geheimdiensten verfassen einen offenen Brief an Donald Trump. Darin bitten sie den Präsidenten eindringlich, seine Anschuldigung zu überdenken, die syrische Regierung Schuld sei verantwortlich für die Giftgasopfern in Idlib. Sie fordern Trump zudem auf, den gefährlichen Konfrontations-Kurs gegenüber Russland zu beenden."

**In einem Artikel wurde nun der angebliche Giftgasangriff als das entlarvt, was er war: "Der syrische Giftgasangriff, für welchen Washington die Regierung Assads verantwortlich gemacht hat, sei eine 'False-Flag' Operation gewesen. Ein MIT-Professor widerlegte den lückenhaften Bericht der Amerikaner und sorgt sich angesichts der rückhaltlosen Vorverurteilung um die nationale Sicherheit der Amerikaner. ... Der MIT-Professor Theodore Postol, erstellte hieraufhin einen 14-seitigen Bericht, den er am Mittwoch RT zur Verfügung stellte. Postol merkte an, dass der Bericht: *absolut keine Beweise beinhaltet, dass der Angriff ein Ergebnis von Munitionen sei, die von einem Flugzeug abgeworfen wurden.* ... Der Bericht des Weißen Hauses weist viele Lücken auf, denn hier wird sich auf offene Quellen und soziale Medien berufen, die aus dem Rebellengebiet stammen. Diese beziehen auch Material der Weißhelme mit ein. Die Weißhelme unterhalten Verbindungen zu Dschihadisten und Regierungen aus den arabischen Golfstaaten."**<sup>33</sup> (Hervorhebung von uns)

Der Fränkische Tag benutzt zur Illustration auf einer Seite, auf der ein Günter Flegel seinen gegen Syrien gerichteten Kommentar abgibt ("Wie langte will die Welt noch zuschauen? FT 06.04.2017), ein Foto der sog. "Weißhelme" (White Helmets).

Eine umfassenden Propagandalüge stellen die angeblich neutralen, rein humanitär engagierenden White Helmets dar, deren Aktive in den Trümmern zerbombter Städte ihr Leben für die Rettung Verschütteter riskieren. Ein plattes Propagandamärchen. Die Weißhelme unterhalten offensichtlich enge Verbindungen zu Dschihadisten und Regierungen aus den arabischen Golfstaaten. Bei den "Weißhelmen" handelt es sich nicht um eine Gründung von Syrern zur Hilfe für Syrer handelt. Verschwiegen wird, wer die Weißhelme finanziert. Dabei wären auch hier die fraglichen Informationen mit einfachen Mitteln zu beschaffen gewesen.

Gegründet wurden die "White Helmets" 2013 von dem vormaligen britischen Offizier James Le Mesurier, wenn auch nicht mit Geld aus dessen privater Schatulle. Er ist Militärberater der Vereinigten Arabischen Emirate, speziell Katars, neben Saudi-Arabien der wichtigste Finanzier und Waffenlieferant der Terroristen in Syrien. Die vorgebliche Unabhängigkeit und Neutralität der White Helmets ist schon wegen dieses Hintergrunds blanke Fiktion. Die Organisation hat 2 900 Helfer. Die sind ausschließlich in Gebieten tätig, in denen der IS und die al Kaida wüten bzw wo sie gehaust haben: Aleppo, Homs, Idlib, Latakia, Hama, Damaskus und Daraa. Ihre enge Verflechtung

<sup>31</sup> <https://www.libertarianinstitute.org/scotthortonshow/4617-philip-giraldi-says-ic-military-doubt-assad-gas-narrative/>;  
<https://deutsch.rt.com/international/49034-ex-cia-offizier-giraldi-russische-version-idlib-stimmt/>

<sup>32</sup> "Die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS) ist eine Gruppe von CIA-Veteranen, die sich gegen den Missbrauch von Geheimdienstinformationen einsetzt. Im Januar 2003 schlossen sie sich zusammen und enthüllten wie der Irakkrieg durch vermeintliche Massenvernichtungswaffen von der damaligen Bush-Regierung legitimiert wurde. Es stellte sich später heraus, dass er gar keine Massenvernichtungswaffen im Irak gab."  
<https://deutsch.rt.com/international/49078-ehemalige-offiziere-us-geheimdienste-trump/>

<sup>33</sup> US-Professor beendet Märchen von syrischem Giftgasangriff durch Assad,  
<https://deutsch.rt.com/international/49137-mit-professor-beendet-maerchen-von-syrischem-giftgasangriff/>

und Zusammenarbeit mit der Terrorszene ist belegt und unübersehbar – für alle, die sehen wollen (also anscheinend nicht für den Fränkischen Tag). "Finanziert wurden die 'Weißhelme' anfänglich von Katar. Sie erhielten aber sogleich 19,7 Mio. Pfund (=23 Mio Euro) von der Regierung in London, 4 Mio Euro von den Niederlanden, 5 Mio Euro vom Auswärtigen Amt in Berlin (inzwischen hat die BRD weitere 7 Mio. Euro gezahlt). [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160923\\_Weisshelme.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160923_Weisshelme.html)

Das Außenministerium in Washington schob nach eigenen Angaben 32 Mio US-Dollar in den kleinen Verein. Zahlungen in unbekannter Höhe leisteten außerdem weitere NATO-Staaten sowie auch die EU. Die paar White Helmets haben in den knapp drei Jahren ihrer Existenz mehr als 60 Mio. US-Dollar von der westlichen Kriegscoalition (i.e. 'Westliche Werte-Gemeinschaft', WWG) erhalten, dazu Sachleistungen in unbekannter Höhe. Ein erheblicher Teil dieser riesigen Summe floss nicht in Rettungsaktionen und die Beschaffung von Bergungsgerät, sondern in False-Flag-Operationen, mit denen sich die Weißhelme hervortun, besonders in Video-, „Dokumentationen.“ Die Fälschungen sind belegt. <http://blauerbote.com/2016/04/30/syrien-white-helmets-faelschten-fassbombenangriff/><sup>34</sup>

Berufsethische Grundsätze und moralische Erwägungen sind beim Fränkischen Tag offenbar ebenso tabu wie Plausibilitätsdenken und Völkerrechtsverständnis: Umfassende, um Neutralität und Vollständigkeit bemühte Berichterstattung sowie die Wahrung journalistischer Grundsätze. Einer deren wesentlicher ist es, der jeweils kritisierten Seite angemessen Gehör zu widmen.

Warum sollen die Leser des Fränkischen Tags übrigens nichts über die direkte oder indirekte Unterstützung der Terroristen in Syrien seitens der Bundesregierung erfahren?

Die "Unterstützung der Nusra-Front geschieht indirekt auch mit deutscher Beteiligung, denn die Tornados, die dort im Einsatz sind, um Luftaufklärung zu betreiben, liefern ihre Daten an das militärische Operations- und Kontrollzentrum der Gegner von Assad, wo dann die USA, die Türkei und Geheimdienstoffiziere aus Katar und Saudi-Arabien die Informationen sammeln und an die Rebellen weitergeben."<sup>35</sup>

**In unserem Leserbrief schrieben wir am Schluß:**

**"Die Bundesregierung macht Luftaufklärung für Al-Qaida, denn die gewonnenen Daten gelangen über Geheimdienstoffiziere in Katar und Saudi-Arabien an die Dschihadisten. Wann kommen wir endlich aus den Sesseln und rufen laut: Nicht in unserem Namen! Es muß wieder Frieden und Völkerrecht gelten, so wie Rußland es vormacht."**

Zur Frage, inwieweit Rußland das Völkerrecht schützt, haben wir bereits Stellung genommen.

Halten wir fest: Die Herren Schweinsberg und Förtsch vom Fränkischen Tag akzeptieren offensichtlich Obamas/Trumps Kriegsverbrechen, Rußlands friedensstärkende Aktivitäten hingegen akzeptieren sie nicht. In ihrem Schreiben heißt es zu unseren Ausführungen:

"Rußland dagegen achtet nach Ihrer Auffassung Völkerrecht. Die Vereinten Nationen sind hier anderer Meinung: Die UN hat festgestellt, dass zum Beispiel die Abspaltung der Krim rechtswidrig war." Auch hier irrt die Geschäftsführung des Fränkischen Tags.

Genau genommen war auf Antrag von Kanada, Costa Rica, Deutschland, Litauen, Polen und der Ukraine Resolution mit dem einfachen Titel "Territoriale Integrität der Ukraine" eingebracht

<sup>34</sup> Programmbeschwerde: Glorifizierung der "Weißhelme" statt vollständiger Information, Volker Bräutigam, Friedhelm Klinkhammer, <https://www.senioren.org/de/955>.

Weitere Informationen zu den "Weißhelmen":

<http://21stcenturywire.com/2016/06/21/who-are-the-syria-white-helmets/>

<http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de/#uds-search-results>

<http://arresturinfo.ch/exposed-the-white-helmets-alqaeda-with-us-funding/>

<http://www.france24.com/en/20160916-syria-white-helmets-netflix-nobel-peace-prize>

<http://www.mintpressnews.com/us-propaganda-war-in-syria-report-ties-white-helmets-to-foreign-intervention/209435/>

<http://www.foxnews.com/world/2016/09/23/germany-ups-financial-support-for-syria-white-helmets.html>

<http://www.workers.org/2016/09/21/white-helmets-pawns-for-u-s-militarism/#.V-a99uvuKrU>

<http://21stcenturywire.com/2016/09/23/exclusive-the-real-syria-civil-defence-expose-natos-white-helmets-as-terrorist-linked-imposters/>

<https://nocheinparteibuch.wordpress.com/2016/09/22/al-kaidas-weisshelme-bekommen-alternativen-nobelpreis/>

<http://21stcenturywire.com/2016/09/15/video-netflix-and-the-white-helmets-hand-in-hand-with-al-qaeda/>

<sup>35</sup> Daniele Ganser, Illegale Kriege, Interview a.a.O.

worden. "Die UN-Generalversammlung hat am Donnerstag das Referendum zur Abspaltung der Halbinsel Krim von der Ukraine am 16. März für ungültig erklärt. Bei der Abstimmung sprachen sich 100 Länder für die entsprechende Resolution aus, die allerdings nicht bindend ist. Elf Staaten stimmten dagegen, 58 enthielten sich."<sup>36</sup> Die UN konnten kein neues Recht schöpfen, dazu fehlt diesem Gremium die Kompetenz. Die meisten der Pro-Stimmer hatten subjektive Interessen, weil in ihren Ländern selbst Sezessionsbestrebungen gefördert worden wären: Spanien (Basken, Katalonen) Frankreich (Bretonen und Korsen), Italien (Lombardei), GB (Schottland,) usw usw. Um nur ein paar europäische Fälle zu nennen.

Richtig ist, dass die Krim in freier Abstimmung eine Sezession vollzog, **nachdem** in Kiew die gewählte Regierung Janukowitsch weggeputscht worden war und die neuen extrem ukrainisch-nationalistisch-faschistoiden Kräfte eine Entrussifizierung angekündigt hatten (mehr als 90 Prozent der Krimbewohner sind ethnische Russen). Richtig ist ferner, dass eine freie und geheime Volksentscheidung mit mehr als 95 Prozent Zustimmung beschloss, Russland um Wiederaufnahme in die Föderation zu bitten. Der Vollzug dieses Krim-Antrags durch die Russische Föderation geschah gewaltfrei. Aus diesen Gründen gehen beispielsweise Völkerrechtler wie Prof. R. Merkel davon aus, dass von einer Annexion nicht zu reden sei.<sup>37</sup>

Rußland konnte sich zudem auf den Internationalen Gerichtshof berufen. Die USA waren seinerzeit davor gewarnt worden, einen Präzedenzfall zu schaffen. "Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ist gefallen: Die Abspaltung der ehemaligen serbischen Provinz hat 'das allgemeine internationale Recht nicht verletzt'. Die vom Kosovo erklärte Unabhängigkeit von Serbien verstößt nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs nicht gegen das Völkerrecht und ist somit rechters. 'Die Erklärung vom 17. Februar 2008 hat das allgemeine internationale Recht nicht verletzt', verkündete IGH-Präsident Hisashi Owada bei der Verlesung des Rechtsgutachtens. Das internationale Recht kenne kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen, fügte Owada hinzu."<sup>38</sup>

Professor Dr. Alfred de Zayas ist an der Uno "Unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung", die notwendigerweise auch friedlich sein muß. In einem Interview nimmt er u.a. Stellung zur Entwicklung in der Ukraine: "... Bei den konkurrierenden Interessen territoriale Integrität versus Selbstbestimmung wird oft dem Menschenrecht auf Selbstbestimmung die Priorität gegeben. ... Hier [in der Ukraine] haben wir den Fall, wo eine demokratisch gewählte Regierung durch gewalttätige Demonstranten bedroht und schliesslich durch einen Putsch gestürzt wurde. Zunächst hatte die ukrainische Regierung das Recht, die Situation intern friedlich und durch Verhandlungen zu lösen. Das geschah auch zum Teil. Die Regierung Janukowitsch hat sich flexibel gezeigt, mit den Demonstranten zu verhandeln, die zum Teil sehr gewalttätig vorgingen und Unterstützung aus dem Ausland erhielten. Leider haben sich mehrere Staaten massiv in die Sache eingemischt, was auch gegen etliche völkerrechtliche Prinzipien verstieß.

*Woran denken Sie dabei?*

Das abgehörte Gespräch der Vize-Ministerin Victoria Nuland mit dem amerikanischen Botschafter in der Ukraine illustrierte eloquent eine 'Kultur der Einmischung' in die innere Angelegenheit anderer Staaten. Wenn die anderen Staaten das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung respektiert und die Verhandlungen allein den Ukrainern überlassen hätten, hätte sich das Ganze wahrscheinlich anders entwickelt. ...

*Was bedeutet das für ein Land, wenn ein demokratisch gewählter Präsident gestürzt wird?*

Teile der Bevölkerung sind natürlich verunsichert. Besonders diejenigen, die bereits eine gewisse Autonomie im Land besaßen und, wie im Falle der Krim, auch ein eigenes Parlament. Die Menschen haben sich die Frage gestellt, wie es weitergehe. Die Vertreter der Bevölkerung auf der Krim haben beschlossen, dass in dieser Situation, wo die russische Bevölkerung in der Region von

<sup>36</sup> [http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/1582901/UNVollversammlung\\_KrimReferendum-ungueltig](http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/1582901/UNVollversammlung_KrimReferendum-ungueltig)

<sup>37</sup> <https://m.youtube.com/watch?v=YaXVxkNVOI8>

<sup>38</sup> Internationaler Gerichtshof Unabhängigkeit des Kosovo ist rechters, 22. Juli 2010,

<http://www.sueddeutsche.de/politik/internationaler-gerichtshof-unabhaengigkeit-des-kosovo-ist-rechters-1.978367>

den neuen Machthabern bedroht wurde, die eigene Sicherheit im Vordergrund steht. Sie wollen mit diesen Putschisten nicht zusammenarbeiten, und sie erklären sich für unabhängig."<sup>39</sup>

Ebenfalls zeigt Prof. Schachtschneider die Völkerrechtssituation.

"Das Selbstbestimmungsrecht der Bürger der Krim kann durch völkerrechtliche Verträge oder die Verfassung der Ukraine nicht aufgehoben werden. Die Krim hatte und hat als autonome Republik jedes Recht, einen eigenen Weg zu gehen und sich von der Ukraine zu separieren. Die Hilfestellung Rußlands beim Sezessionsprozeß der Krim war verhältnismäßig und kein Verstoß gegen das Völkerrecht."<sup>40</sup>

Im Fränkischen Tag vom 20.03.2014 titelt Redakteur Thomas Lange einen Kommentar: "Heim ins Reich, sagt Putin". Lange spricht dabei von "der Hoffnung, daß Putins Appetit auf Einheit gestillt ist mit der Annektion der Krim." Das Feindbild Rußland wird hier mit einer historischen Parallele zu Nazideutschland angereichert, in dem unter der Parole "Heim ins Reich" sog. Volksdeutsche zu einem Großdeutschen Reich zusammengesiedelt wurden. Der Präsident der Russischen Föderation soll hier in eine plumpe Assoziation mit dem kriegstreiberischen Hitlerdeutschland gebracht werden. Was anderes als die Verfolgung einer politischen Linie des FT im Sinne konformistischer Staatspresse wird hier offensichtlich?

Warum soll mittels einer impertinenten Pressehetze in Deutschland die Bevölkerung zu einer feindseligen Haltung gegenüber Rußland<sup>41</sup> bewegt werden? In einer für Europäer erschütternden Offenheit legte George Friedman in Chicago die strategischen Ziele der USA in Europa auf den Tisch und machte gleich am Anfang deutlich, daß die USA keine „Beziehungen“ mit „Europa“ haben. Es gebe nur bilaterale Beziehungen zu den europäischen Staaten:

***„Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ... Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Kombination zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoff-Ressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern. ...“***<sup>42</sup>

#### **Zu einigen wesentlichen Aspekten des Ukraine Konflikts**

Sowohl die Entwicklungen in der Ostukraine aber die auch auf der Krim sind ohne der Putsch in Kiew nicht zu verstehen. Tatsache ist, daß in der Ukraine 2014 mit dem "Maidan", auf dem auch Guido Westerwelle zu sehen war, ein von den USA initiiertes faschistisches Putsch stattgefunden hat.

Wenn beispielsweise Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, in einem *Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU zur Sitzung vom 6. März 2014* deutlich macht „[...] Für die Bundesregierung in Berlin ist es nicht akzeptabel, dass vor dem Bundesverfassungsgericht in

<sup>39</sup> "Dem Menschenrecht auf Selbstbestimmung die Priorität geben", *Interview mit Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Genf*, <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2014/nr-8-842014/dem-menschenrecht-auf-selbstbestimmung-die-prioritaet-geben.html>

<sup>40</sup> Prof. Schachtschneider: Der Kampf um die Krim, Berlin 2014, <http://www.wissensmanufaktur.net/aufsaeetze>; s. auch ders.: „Putin hat die Krim nicht annektiert. Er war völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Sezession zu unterstützen. Und das hat er gemacht.“ Erster Alternativer Wissenskongress 2015. Kompletter Vortrag: <https://www.youtube.com/watch?v=wDY6r...>

Vgl. auch "Der Kampf um die Krim", a.a.O.: "Eine schutzbedürftige Bedrohung für die Russen auf der Krim und all die Bewohner der Krim, die durch das Referendum gewissermaßen wieder Russen werden wollten, waren die Kräfte zweifelsfrei, welche den Umsturz in der Ukraine durchgeführt hatten, aber auch die Gewalttäter, welche auf dem Maidan gemordet hatten. Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, hat sich auf diese Schutzpflicht berufen. Sie wird auch von westlichen Staaten ständig praktiziert, oft nur vorgetäuscht." "Nicht Staaten sind souverän, sondern Menschen."

<sup>41</sup> Hannes Hofbauer, Feindbild Russland: Geschichte einer Dämonisierung, Februar 2016

<sup>42</sup> George Friedman, Council on Global Affairs Chicago, 4.2.2015

Aus dem Video: [https://www.youtube.com/watch?v=vln\\_ApfoFgw](https://www.youtube.com/watch?v=vln_ApfoFgw), *Strategic Forecasting, Inc* (abgekürzt Stratfor) ist ein US-amerikanischer Informationsdienst, der Analysen, Berichte und Zukunftsprojektionen zur Geopolitik, zu Sicherheitsfragen und Konflikten anbietet. (Wikipedia); Willy Wimmer: Von Deutschland bleibt nichts übrig im Falle eines NATO -Krieges mit Russland [https://www.youtube.com/watch?v=w\\_jiIw7XSRE](https://www.youtube.com/watch?v=w_jiIw7XSRE)



Karlsruhe ein Verbot der NPD durchgesetzt werden soll, während man gleichzeitig in Kiew mit denen unter einer Decke steckt, die engste Kontakte zur NPD pflegen.“ so wirft das Fragen auf. "Die deutsche Außenpolitik vollzieht eine Zäsur und öffnet sich erstmals für eine demonstrative Kooperation mit Kräften der extremen Rechten. Am 20. Februar ist der Berliner Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem ukrainischen Faschistenführer Oleh Tiahnybok in den Räumen der deutschen Botschaft in Kiew zusammengetroffen. Unmittelbar flankiert von Tiahnybok



stellte Steinmeier sich anschließend für die internationale Öffentlichkeit zu einem offiziellen Presse-Shooting. Wie das Auswärtige Amt auf seiner eigenen Webseite mit einem Bild bestätigt, nahm Tiahnybok, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Swoboda, an den mehrstündigen gemeinsamen Verhandlungen über den bewaffneten Umsturz in der Ukraine mit zwei weiteren Oppositionsführern gleichberechtigt teil." Faschistenführer Tiahnybok unmittelbar rechts neben Steinmeier. Quelle: Reuters<sup>43</sup>



Links: Jazenjuk ("Russen sind Untermenschen") – Gast der Bundesregierung - neben ihm der bekennende Nationalsozialist Tiahnybok, Chef von Swoboda.

"Jazenjuk war natürlich von Washington dafür ausgewählt worden, nach dem Coup D'Etat am 22. Februar in Kiew

Premierminister zu werden. „Jaz ist der Mann“, sagte die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland ein paar Wochen vor dem Putsch in einem abgefangenen Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt. Sie erinnern sich wohl, dass dies die gleiche Unterhaltung war, in der Nuland sagte: „Fuck the EU.“<sup>44</sup>

### Die Regierung Jazenjuk war nicht legitim

In der illegitimen Regierung Jazenjuk stellten Swoboda-Leute den stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Verteidigungsminister, leiteten die Ministerien für Landwirtschaft und Nationale Ressourcen sowie den Generalstaatsanwalt der Justiz. In Kiew handelte es sich weder um ein gewähltes, legitimes Parlament, geschweige denn um eine entsprechende „Regierung“. Tatsächlich wurde am 22. Februar 2014, einen Tag nach dem Abkommen zwischen Janukowitsch und der parlamentarischen Opposition, in Kiew ein Putsch durchgeführt. Der *Rechte Sektor* besetzte das Parlament und übernahm die Kontrolle in Kiew.

<sup>43</sup> Steinmeier trifft auch den ukrainischen Faschistenführer in der Botschaft: Vom Stigma befreit, Hans Georg, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58805>

<sup>44</sup> Ukraine und NATO – MEMORANDUM FÜR: Angela Merkel – by Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS), 2014,

Für den Lenkungsausschuss, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

- William Binney, ehemaliger Technischer Direktor für geopolitische und militärische Analysen bei der NSA; Mitbegründer SIGINT Automation Research Center (a.D.)
- David MacMichael, National Intelligence Council (a.D.)
- Ray McGovern, ehemaliger US Army Infanterie- und Geheimdienstoffizier & CIA-Analyst (a.D.)
- Elizabeth Murray, stellvertretende Offizierin des Inlandsgeheimdienstes für den Mittleren Osten (a.D.)
- Todd E. Pierce, Major, Staatsanwalt der US-Armee (J.A.G.) (a.D.)
- Coleen Rowley, Divisionsberater und Special Agent, FBI (a.D.)
- Ann Wright, Colonel, US Army (a.D.); Foreign Service-Offizierin (zurückgetreten)

<https://cooptv.wordpress.com/2015/02/15/ukraine-und-nato-memorandum-fur-angela-merkel-by-veteran-intelligence-professionals-for-sanity-vips/>



(Wurde etwa nicht im Kiewer Rathaus ein Bildnis des Faschisten und Hitler-Kollaborateurs Stepan Bandera aufgehängt? – s. Bild links  
 (<https://dl.dropboxusercontent.com/u/34527719/Bandera%20Kiew%20Rathaus2%20-%20Copy.jpg>)

"Das Parlament wählte den amtierenden Vorsitzenden der ‚Vaterlandspartei‘, Arseni Jazenjuk, zum Ministerpräsidenten, der der Wunsch kandidat des amerikanischen Aussenministeriums war. Auf der – heute gelöschten – Internetseite seiner Stiftung ‚Open Ukraine‘

wurden folgende Partner aufgezählt: Scientology Church, The German Marshall Fund, Chatham House – Royal Institute of Foreign Affairs, Rockefeller Stiftung, Konrad Adenauer Stiftung, Stiftung *Wiedergeburt* – Renaissance Foundation, National Endowment for Democracy. Die neue Regierung ist illegitim, weil sie nicht durch allgemeine Wahlen, sondern durch eine manipulierte Abstimmung in der Werchowna Rada an die Macht kam.“<sup>45</sup>

Teil der neuen Putsch-Regierung in Kiew war die Partei Swoboda. Deren Vorsitzender **Oleh Tjahnybog** sagte 2004: ‚**Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russen-Säue, die Deutschen, die Juden-Schweine und andere Unarten!**‘ „Das ist die Sprache des Faschismus, und diese Partei ist Koalitionspartner der Putschregierung in Kiew, die die NATO anerkannt hat – eine Schande! Oder nehmen wir **Julia Timoschenko**, die Präsidentschaftskandidatin. Sie sagte in einem Telefongespräch am 18. März: ‚ich selber bin bereit ein Maschinengewehr in die Hand zu nehmen und diesem Drecksack [Putin] in den Kopf zu schießen.(...) **Wir sollten Waffen nehmen und die verdammten [Russen] töten, zusammen mit ihren Anführern.(...) ich werde alle meine Verbindungen nutzen, um Russland in verbrannte Erde zu verwandeln.**‘ Das ist die Sprache des Faschismus! Mit solchen Brandreden wird die ‚Endlösung der Russenfrage‘ in der Ukraine vorbereitet!“<sup>46</sup>

### **Der Staatsstreich in Kiew war geplant**

„Dazu wurden von der amerikanischen Botschaft in Kiew bereits Monate vorher durch Ausbildung von Aktivisten sowie eine Konferenz über Informationsstrategien und Beeinflussung von Politikern Vorbereitungen getroffen. Eine Reihe von amerikanischen und proamerikanischen Politikern kam in die Ukraine, die auf dem Maidan Reden hielten wie John McCain, Joseph Murphy, Victoria Nuland, aber auch Jaroslaw Kaczynski, Michail Saakashvili, Guido Westerwelle, Elmar Brok und viele andere. Auch Polen leistete einen wesentlichen Beitrag zum Regimewechsel, wie die linke polnische Wochenzeitung "Nie" am 18. April 2014 berichtete. **Auf Kosten des polnischen Aussenministeriums wurden 86 Mitglieder des Rechten Sektors in einem Ausbildungszentrum der Polizei in der Nähe von Warschau im September 2013 vier Wochen lang für den Aufstand trainiert.** (Hervorhebung UWS)<sup>47</sup> Wie sehr die USA im Hintergrund Regie führten wird auch aus einem abgehörten Telefonat zwischen der US-Europabeauftragten Victoria Nuland mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt deutlich.“<sup>48</sup>

**„Eine der ersten Amtshandlungen der ukrainischen ‚Übergangsregierung‘ war das Verbot von Russisch als Amtssprache. Sofort begann eine Jagd der faschistischen Anhänger**

<sup>45</sup> Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“ Der Staatsstreich in Kiew und der Widerstand in der Ostukraine, *Zeit-Fragen*, Nr. 10, 6.5.2014, <http://zeit-fragen.ch/index.php?id=1790>;

vgl.auch Prof. Dr. Peter Bachmaier, „Osteuropa-Experte, „Treibende Kraft beim Umsturz in Kiew waren die USA“, <http://www.vorarlbergernachrichten.at/lokal/vorarlberg/2014/04/09/treibende-kraft-beim-umsturz-in-kiew-waren-die-usa.vn>;

<sup>46</sup> Aus der Rede von Jürgen Elsässer, COMPACT-Chefredakteur, Montagsdemonstration am 21. April 2014 in Berlin, Potsdamer Platz, <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2014/04/22/elsaesser-auf-der-montagsdemo-nicht-links-gegen-rechts-sondern-unten-gegen-oben/>

<sup>47</sup> Vgl. Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“, a.a.O.

<sup>48</sup> <http://www.sueddeutsche.de/politik/telefonat-von-us-diplomatin-fuck-the-eu-1.1881947>

**Banderas auf ukrainische Politiker und Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer politischen Ausrichtung oder wegen ihrer russischen Muttersprache getötet werden sollten.**<sup>49</sup>

**Das Massaker von Odessa am 02. Mai 2014:  
Erst getötet, dann verbrannt**



„... Der Westen wird anscheinend nicht auf eine gerechte Untersuchung der Tragödie in Odessa drängen. Europa und die USA schweigen. Nur Politiker aus der zweiten Reihe fordern eine Aufklärung des Geschehens. Selbst russlandfeindlichen Politikern wurde klar, dass Moskau mit der Tragödie in Odessa nichts zu tun hat. Das gab unter anderem der US-Botschafter in Kiew zu. Die verbrecherische Tat begingen Extremisten des *Rechten*

*Sektors*. Westliche Journalisten berichten fast nichts aus Odessa.

**Auf den Fotos und Videos ist deutlich zu sehen, dass die meisten im Gewerkschaftsgebäude in Odessa ums Leben gekommenen Menschen nicht verbrannten, sondern totgeschlagen wurden. Die Leichen wurden dann mit Brennflüssigkeit begossen und in Brand gesetzt. Auf einem**



**anderem Video sieht man, wie eine schwangere Frau auf einem Tisch liegt. Sie wurde erwürgt. Überlebende berichten, dass die Rechtsextremisten Ampullen mit tödlichem Gas in das Gebäude warfen.**

(Fotos links: Eine schwangere Frau, brutal ermordet. Das Mordinstrument, ein Holzschläger, liegt neben ihr am Boden.)



Auf den Videos sieht man, wie die Extremisten jubeln, während aus dem Gebäude schreckliche Todesschreie zu hören sind. Doch niemand schreitet zur Hilfe. Nach wenigen Sekunden sind die Schreie verstummt. Später ließen Extremisten neben der Leiche einer Frau ein Banner mit der Aufschrift ‚Gloria Ukraine!‘ liegen. Die Extremisten des Rechten Sektor haben eine grenzenlose Macht gespürt, wofür sie früher oder später zur Verantwortung gezogen werden. Die Behörden in Odessa sprechen von 46 Toten. Laut dem Abgeordneten des Regionalrates Wadim Sawenko will Kiew die tatsächliche Zahl der Toten vertuschen. Ihm zufolge kamen 116 Menschen ums Leben. Zuvor war berichtet worden, dass weiterhin 48 Menschen vermisst werden.<sup>50</sup>

Warum wohl haben mittlerweile Tausende ukrainische Bürger Hilfe und Unterkunft in Russland gesucht? „Seit Anfang 2014 sind laut der russischen Grenzschutzbehörde rund 675 000 ukrainische Bürger nach Russland gekommen. Nach Angaben des russischen Zivilschutzministeriums haben etwa 143 000 ukrainische Bürger um Asyl in Russland ersucht.“<sup>51</sup>

Es ist auch nachvollziehbar, daß bereits vor längerer Zeit „der Rabbiner einer jüdischen Gemeinde in Kiew fürchtet[e], dass die rechtsgerichtete Opposition nach dem Umsturz in der Ukraine Jagd auf die Juden machen könnte. Es habe bereits zahlreiche Drohungen gegeben. Rabbiner Moshe Reuven Azman hat die Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Kiew aufgefordert, die Stadt zu verlassen.“<sup>52</sup>

„Die Ukraine und Russland hatten am 28. Mai 1997 ein Abkommen, das eine 20jährige Anwesenheit der russischen Flotte auf der Krim und die Möglichkeit einer automatischen Verlängerung vorsah, unterzeichnet. Nachdem die neue Regierung Jazenjuk die Kündigung des Abkommens und den Beitritt des Landes zur Nato in Erwägung zog, beschloss das Parlament der Autonomen Republik der Krim die Wiedervereinigung mit Russland, was durch das Referendum

<sup>49</sup> Offener Brief an Bundespräsident Didier Burkhalter Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), 3. April 2014, Verein Impulswelle.ch, Postfach 3156, 5430 Wettingen, team@impulswelle.ch

<sup>50</sup> <http://de.ria.ru/zeitungen/20140507/268439191.html> (Hervorhebung WS)

<sup>51</sup> <http://de.ria.ru/society/20140302/267957734.html>

<sup>52</sup> Rabbiner fordert Juden zu Flucht aus Kiew auf, 22.02.14,

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/02/22/rabbiner-fordert-juden-zu-flucht-aus-kiew-auf/>



vom 16. März 2014 bestätigt wurde. Die Charta der Vereinten Nationen von 1948 kennt als Kern des Völkerrechts das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Deshalb kann man die Sezession der Krim als legitim ansehen, denn es gibt keinen Zweifel, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland eintrat."<sup>53</sup>

Es ist bedauerlich, daß sich deutsche Politik untertänig zum Propagandasprachrohr für Amerikas Dominanzbestrebungen herabwürdigt. Die Krim wurde nicht „annektiert“. Wladimir Putin befolgt nichts anderes als die schriftliche Denkschrift der USA vom 17. April 2009, die dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang mit der Anhörung zum Kosovo vorgelegt wurde:

„Unabhängigkeitserklärungen können, wie das auch häufig passiert, das innere Recht verletzen. Aber das bedeutet nicht, dass dadurch das Völkerrecht verletzt wird.“ Im Zusammenhang mit dem Präzedenzfall Kosovo erklärte der Internationale Gerichtshof der UN auf Grundlage von Paragraph 1 Punkt 2 der UN-Charta sein Einverständnis mit der Trennung (22. Juli 2010): „Es besteht kein allgemeines Verbot einseitiger Unabhängigkeitserklärungen, das aus der Praxis des Sicherheitsrates resultieren würde“ – und weiter: „Das allgemeine Völkerrecht beinhaltet keinerlei anwendbares Verbot von Unabhängigkeitserklärungen“. Wenn Angela Merkel oder Journalisten also von einer „völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim“ sprechen, so erscheint dies als ein Propagandatrick, um Feindseligkeiten gegen Rußland zu schüren.

Richtig hingegen ist:

**„Staaten sind berechtigt, ihre Staatsangehörigen zu schützen**

Nach überwiegender Auffassung der Völkerrechtler sind Staaten berechtigt, ihre Staatsangehörigen notfalls gewaltsam mit einer begrenzten Intervention vor Bedrohungen an Leib und Leben zu schützen. Dieses Recht wird stetig praktiziert und ist nach wie vor in den Grenzen der Verhältnismässigkeit gewohnheitsrechtlich anerkannt. Eine schutzbedürftige Bedrohung für die Russen auf der Krim und all die Bewohner der Krim, die durch das Referendum gewissermassen wieder Russen werden wollten, waren die Kräfte zweifelsfrei, welche den Umsturz in der Ukraine durchgeführt hatten, aber auch die Gewalttäter, welche auf dem Maidan gemordet hatten. Der Präsident der Russischen Föderation Vladimir Putin hat sich auf diese Schutzpflicht berufen. Sie wird auch von westlichen Staaten ständig praktiziert, oft nur vorgetäuscht.“<sup>54</sup>

Der Ablauf des Referendums wird so beschrieben: „Die Volksabstimmung in der Region Krim am 16. März 2014 verlief absolut friedlich und entspannt, wie der EU-Parlamentsabgeordnete und OSZE-Wahlbeobachter Ewald Stadler (1) aus Österreich in einem online-Interview detailliert geschildert hat. Die vielen Ordnungskräfte waren nötig, um den grossen Andrang zu den Stimmlokalen in geordnete Bahnen zu lenken, um eine geregelte Stimmabgabe überhaupt zu ermöglichen.

Von Bedrohung, Erpressung oder Wahlfälschung kann also gar keine Rede sein. Herr Stadler konnte dies bei seinem persönlichen Besuch vieler Wahllokale leicht feststellen. Er betonte zudem, dass die meisten Wahlbüros von Frauen geleitet wurden, die ihm bereitwillig und ausführlich all seine Fragen beantworteten. Die gesamte Abstimmung verlief vollkommen rechtmässig – das heisst legal.

**Nicht der russische Präsident Vladimir V. Putin ist ein Kriegshetzer oder Diktator, sondern die NATO und deren Führung, gelenkt durch die Regierung der USA und deren Hintermänner in der Bankenwelt. Einmal mehr wird zur Zeit der Versuch gestartet, ein stolzes Land mit einer reichen Kultur in einen ungewollten Krieg zu drängen, um ihm nachher die gesamte Schuld in die Schuhe zu schieben. Das hatten wir bereits in den vergangenen zwei Weltkriegen, mit allen furchtbaren Folgen für Deutschland und ganz Europa. ES REICHT.“<sup>55</sup>**

<sup>53</sup> Vgl. Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“, a.a.O.

<sup>54</sup> Der Kampf um die Krim als Problem des Staats- und Völkerrechts, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Berlin, <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1773>

<sup>55</sup> Offener Brief an Bundespräsident Didier Burkhalter, a.a.O., s. auch das Interview mit dem EU-Parlamentsabgeordneten und OSZE-Wahlbeobachter Ewald Stadler aus Österreich (1)<https://www.youtube.com/watch?v=Y4tkHrGP0PY>; Hervorhebung WS



In einem Offenen Brief an Präsident Putin, den rund 200 deutschen Persönlichkeiten mitunterzeichnet haben, heißt es unter anderem:

„Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben bereits vor knapp 4 Jahren für eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok geworben. Sie wäre die ökonomische Basis für das ‚Gemeinsame Haus Europa‘. Die Ukraine könnte eine ideale Brückenfunktion für die künftige Kooperation zwischen der von Ihnen angestrebten Eurasischen Union und der Europäischen Union einnehmen, nicht zuletzt in kultureller Hinsicht. Wir sind überzeugt, dass die massive Einflussnahme der USA das Ziel hatte, diese Brückenfunktion auszuschalten. In der EU-Kommission haben sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die die Politik der USA gegen Russland unterstützen. Die Rede des Geschäftsführenden Generalsekretärs des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Pierre Vimont, am 14. März dieses Jahres ist insofern eindeutig (EurActiv: ‚EU shunned from US-Russia meeting on Ukraine‘). (...)

Sehr geehrter Herr Präsident, mit unseren bescheidenen Mitteln als einfache Staatsbürger werden wir dazu beitragen, dass die beabsichtigte Spaltung Europas nicht gelingt, sondern die Ideen von Gottfried Wilhelm Leibniz zu neuem Leben erweckt werden. Wir sind überzeugt: Nur wenn die Staaten und Völker des eurasischen Doppelkontinents ihre Angelegenheiten miteinander friedlich, respektvoll, kooperativ, auf der Grundlage des Rechtes und ohne Einmischung von aussen regeln, wird dies auch auf die übrige Welt ausstrahlen. Wir verstehen Sie in diesem Sinn als Verbündeten.“<sup>56</sup>

### **Die katastrophalen Folgen des wirtschaftlichen Ausverkaufs der Ukraine**

„Die ukrainische Regierung beschloss 1992 einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 zur Welthandelsorganisation (WTO). Die Bedingungen dafür waren die **Freigabe der Preise und des Wechselkurses, die Öffnung der Grenzen für das ausländische Kapital, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung**. Die gesamte Wirtschaft des Landes wurde versteigert. Von etwa 500 000 Betrieben wurden 50 % geschlossen und die anderen von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen erworben. ... Die Kluft zwischen der Oligarchie und der Masse der Bevölkerung ist die grösste in Europa.

Das Ergebnis der Eingliederung des Landes in den Prozess der Globalisierung ist katastrophal: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) sank zwischen 1991 und 2013 auf 70 %, die Stromproduktion auf 65 %, die Stahlproduktion auf 43 % und die Zahl der Wissenschaftler in der Industrieforschung auf 30 %. **Der Mindestlohn beträgt nach offiziellen Angaben 200 Euro (tatsächlich weniger), die Mindestrente 160 Euro (heute 80 Euro) im Monat, und 80 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.** Die Gesamtbevölkerung der Ukraine verminderte sich von 52 auf 46 Millionen, und wenn man die ständig ausserhalb des Landes lebenden Menschen abzieht auf 38 Millionen Menschen.

**Anzeichen des Niedergangs sind auch die niedrige Technologie, das Zurückbleiben von allen ursprünglich weniger entwickelten Nachbarn und die Abwanderung eines Viertels der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes.** Das neoliberale Modell, das in der Ukraine jetzt wirkt, treibt die Wirtschaft zur globalen Peripherie und bringt sie in einen vom Westen abhängigen halbkolonialen Status. ...“<sup>57</sup>

**Im März 2007 weilte Julia Timoschenko in Washington, wo sie den Amerikanern anbot, ihnen die durch die Ukraine führende Erdgasleitung zu überlassen.**

**In Deutschland ist der Widerstand dagegen, die dem Land von den USA zugedachte führende Rolle im aggressiven Vorgehen gegen Russland zu spielen, sehr gross.** Nicht nur, dass drei ehemalige Bundeskanzler – Helmut Schmidt (SPD), Helmut Kohl (CDU) und Gerhard Schröder (SPD), die insgesamt immerhin 30 Jahre die Bundesrepublik regiert haben, – grosse Bedenken gegen die „westliche“ Russlandpolitik geäussert haben. In einer Umfrage im Auftrag der ARD von Anfang April hat sich auch die Mehrheit der befragten deutschen Bürger gegen eine Ausweitung des Nato-Engagements im Osten Europas und für eine grössere Distanz zur Politik der USA

<sup>56</sup> Vgl. auch Offener Brief an Vladimir Putin, [http://www.sputnik-travel-berlin.de/Mitteilungen/Offener\\_brief\\_2014.pdf](http://www.sputnik-travel-berlin.de/Mitteilungen/Offener_brief_2014.pdf), <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1776>

<sup>57</sup> Vgl. Peter Bachmaier, Die „Strategie der Spannung“, a.a.O.

ausgesprochen.<sup>58</sup> [...] „Europa muss sich von dieser US-Politik freimachen. Als US-Vasall in den Untergang gehen – ist das eine verlockende Perspektive? Sanktionen sind der erste Schritt in den Krieg. Schon damit wird das Völkerrecht gebrochen; denn der Weltsicherheitsrat hat sie nicht beschlossen. **Niemand weiß, wie ein Krieg verlaufen und enden wird, wenn erst einmal die Waffen sprechen.**“<sup>59</sup>

**Obwohl Westeuropa die Möglichkeit zu einer partnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehung zu allen Ländern Osteuropas einschließlich Russland hat, bevorzugt es einen selbstmörderischen Kurs – für die USA als Speerspitze gegen Russland zu dienen.**<sup>60</sup>

**Wer übrigens soll für das vom Westen angerichtete Chaos in der Ukraine finanziell geradestehen? Die Rede ist lt. Interview mit dem OSZE-Beobachter Stadler von einem Staatsdefizit von 67 Mrd. Euro. Wir möchten das nicht.**

Im Sommer 1914 wollten die Soldaten an Weihnachten wieder zuhause sein. Am Ende dauerte der Krieg mehr als 4 Jahre – und kostete 16 Millionen Menschen das Leben. Russlands Opfer im Zweiten Weltkrieg: 27 Millionen Menschen!

**In unserer Verfassung Art. 26 GG heißt richtig: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Diesem Friedensgebot fühlen wir uns verpflichtet.**

In einem aktuellen Interview warnt Willy Wimmer nach US-Angriff auf Syrien vor grossem Elend. „... Wir wissen ja, dass die USA seit dem Ende des Kalten Krieges eine neue konsequente Linie fahren: Sie streben die Weltherrschaft an. Sie sagen das ja auch offen. Sie müssen sich mal die Direktiven US-amerikanischer Präsidenten ansehen, die diesen Leuten erlauben, Kriege zu führen. Das ist dasselbe Muster, das wir 1939 gesehen haben. Das macht doch deutlich, in welcher ernsthaften Auseinandersetzung wir sind. Man kann nur voller Respekt nach Moskau blicken, wo ein besonnener Präsident sitzt und nicht so ein unberechenbarer Präsident wie Trump. Wir müssen bedenken, dass viele Länder sich provoziert fühlen können durch das Vorgehen der USA. Das ist doch die Wirklichkeit. ... **Es wird ja seit 1990 rumgelogen, dass es nur so kracht. Kein Unterschied, ob es gegen den Irak oder gegen Jugoslawien geht. Das ist ja ein Muster, das wir seit dem Hafen von Havanna im Jahr 1898 und der Explosion der «USS Maine» bei der US-amerikanischen Aussenpolitik sehen. Das sind die selbstfabrizierten False-flag-Vorgänge, die dazu berechtigen, über andere herzufallen. Also: Entweder wir stoppen das, oder wir landen im Elend! Das ist die notwendige Konsequenz.**“<sup>61</sup> (Hervorhebungen von uns)

"Es braucht wenig, politische Feindbilder zu erzeugen oder am Leben zu erhalten. Was also tun? Eine mögliche Antwort könnte lauten, zunächst einmal die richtigen Fragen zu stellen. Offiziellen Verlautbarungen zu misstrauen und auch medialen Darstellungen nicht unkritisch zu folgen. Sie beleuchten bestenfalls die Spitze des Eisbergs. Syrien ist nur eine der zeitlosen Geschichten, die von Unrecht, Leid und menschlichen Abgründen handeln. Was spräche dagegen, der Logik aus Macht und Dominanz zu entsagen, uns anders zu denken, unter Einbeziehung all derer, die guten Willens sind? Vielleicht bedarf es tatsächlich einer grundlegenden Bewusstseinsänderung, der Einsicht, dass wir keine andere Wahl haben, als unsere Zukunft selbst zu gestalten."  
Michael Lüders: Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, 2017, S. 169<sup>62</sup>

© Ulrike und Werner Schramm, Höchststadt 4/2017

<sup>58</sup> „Die Mehrheit der Deutschen wünscht keine Konfrontation mit der russischen Föderation“, <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1776>

<sup>59</sup> Karl Müller, Der „Westen“ und Russland Arbeiten die Nato-Staaten bereits an der Kriegsschuldfrage? <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1789> „(...) Nur für die USA macht ein grosser Krieg einen ‚Sinn‘ – man mag dieses Wort kaum benutzen, weil es Wahn’sinn‘ ist. Die US-Amerikaner glauben: Wir haben uns zweimal mit einem Weltkrieg wirtschaftlich ‚gesund‘ gestossen. Aber auch dieses Wort gehört in Anführungszeichen gesetzt, weil der Weg so furchtbar krank und die Frage interessant ist, wer wirklich das ‚Wir‘ ist. (...)“

<sup>60</sup> Verhängnisvolle Koppelung USA/EU beenden, Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait, Juristin und Diplomatin a.D., <http://tv-orange.de/2014/05/obama-finger-weg-von-europa-verhaengnisvolle-koppelung-usa-eu-beenden/>

<sup>61</sup> Warnschuss oder Weltkrieg? Interview von Sputniknews mit Willy Wimmer,

<https://de.sputniknews.com/politik/20170407315244651-us-angriff-wimmer/> vom 7.4.2017

<sup>62</sup> <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-9-11-april-2017/denn-sie-wollen-noch-immer-den-sieg.html>